

Endspurt

Die Abgeordneten müssen sich ranhalten



Foto: eu2005.lu

Der Monat Dezember verspricht arbeitsreich zu werden. Bis zum Jahresende sind neun Sitzungen in der Abgeordnetenkammer geplant. Drei schwergewichtige Dossiers stehen auf dem Programm. Die überarbeitete Budgetvorlage 2013, das Gesetzesprojekt zur Pensionsreform und nicht zu vergessen das Gesetzesprojekt zur Reform im öffentlichen Dienst

Editorial

Guy Greivelding

Neuaufgabe der Aktion Nordstrecke?



Wir erinnern uns gerne an die imposante Demonstration vom 8. Juni 1980 in Uffingen für den Erhalt, die Modernisierung und Elektrifizierung der Nordstrecke. Wir konnten tausende Menschen in den Norden des Landes mobilisieren. Die Gefahr der Schließung kam aus Belgien. Der 1979 von den SNCB vorgelegte Restrukturierungsplan beinhaltete, das Teilstück Gouvy-Rivage nicht in das Intercity-Netz mit einzubeziehen und stand so am Ursprung dieser und anderer Aktionen. Dieser Plan hieß nichts anderes, als dass mit der Zeit die internationalen und auch inländischen Regionalverbindungen gestrichen würden und somit ein Ende der Nordstrecke herbei geführt werden würde. Die luxemburgische Regierung war am Anfang eigentlich uninteressiert. Sie tat recht wenig um die Eisenbahnverbindung nach Lüttich zu retten. So blieb diese uns sicher nur durch unseren gewerkschaftlichen Einsatz erhalten. Unsere Forderung ging dahin die gesamte Strecke als performante Schnellzugslinie zwischen Luxemburg und Lüttich auszubauen. Diese bewirkte schlussendlich, dass sich CFL und Regierung im Jahre 1981 bequemten vorzusehen, die Nordstrecke in einem Zeitraum von 10 Jahren zu modernisieren und zu elektrifizieren. 1991 kam es zu einer belgisch-luxemburgischen Konvention den Bahnabschnitt Gouvy-Rivage zu elektrifizieren. Die Modernisierungsarbeiten schritten allerdings nur schleppend

voran. Das Jahr 2000 wurde als möglicher Termin für die durchgehende Elektrifizierung zwischen Luxemburg und Lüttich genannt. Diese kam dann auch in der Zwischenzeit, doch die Strecke auf belgischer Seite blieb Provinzbahn.

Einsparungen auf Kosten des Angebots

Erneut kommt jetzt die Strecke wieder ins Gespräch. Im Rahmen der in Belgien zurückgehaltenen Investitionen für die Bahn fließt eine Mehrheit des Geldes in Projekte in Flandern. Das ist sicher nicht unsere Sache. Uns geht aber sicher an, wenn der Infrastrukturbetreiber Infrabel beabsichtigt neben den Einsparungen von Investitionen in die Verschiebebahnhöfe auch nicht mehr in verschiedene Strecken zu investieren. Mitbetroffen soll auch die Strecke Gouvy-Lüttich sein. Eine solche Entscheidung würde natürlich den sicheren Tod dieser Strecke bedeuten.

Dem können wir natürlich nicht tatenlos zusehen. Und nicht nur diese Strecke ist bedroht. Auch die Strecke Athus-Arlon steht anscheinend unter Beschuss, sowie man überhaupt im „Luxembourg belge“ das Eisenbahnnetz ausdünnen will.

Darüber hinaus ist es schlecht bestellt um die Linie Brüssel-Namur-Luxemburg. Trotzdem, dass die walonische Regierung schon in den letzten Jahren 47,2 Millionen in die Modernisierung investierte, will der Infrastrukturbetreiber Infrabel aber erst 2022 richtig mit den Modernisierungsarbeiten beginnen, welche die Höchstgeschwindigkeit von 120 auf 160 Stundenkilometer ermöglichen sollen. Bis dahin soll es also nur im „Schritttempo“ nach Brüssel gehen.

Etwa drei Stunden Fahrzeit sind fahrplanmäßig für die Fahrt von Luxemburg nach Brüssel vorgesehen. Schon zu viel Zeit und dann muss man immer öfters feststellen, dass die Verspätungen praktisch nicht nur zur Regel geworden sind, sondern an verschiedenen Tagen richtig ausufern.

Wird Luxemburg eines Tages umfahren?

Es besteht wirklich die reelle Gefahr, dass morgen die traditionelle Bahnverbindung zwischen den Europastädten Brüssel, Luxemburg und Strassburg in der Versenkung verschwindet, weil eben die Hochgeschwindigkeitsstrecke von Brüssel über Paris nach Straßburg dieser den Rang ablaufen wird.

In dieser Hinsicht können wir nur die von den Präsidenten des luxemburgischen und des wallonischen Parlamentes ergriffene Initiative zur Revitalisierung und Attraktivierung dieser Strecke begrüßen. Doch reicht ein schriftlicher Protest sicherlich nicht in dieser Angelegenheit.

Vor allem die luxemburgische Regierung mit ihrem Nachhaltigkeitsminister ist gefordert ernste Anstrengungen bei unserem belgischen Nachbar zu machen um die Bahnverbindungen auch in Zukunft nach Belgien über die Nordstrecke, als auch über Namur nach Brüssel zu erhalten, beziehungsweise leistungsfähiger, schneller und komfortabler zu gestalten. Auch sehen wir unsere CFL in der Pflicht sich mit der belgischen SNCB und Infrabel auseinanderzusetzen für den Erhalt der internationalen Verbindungen nach Lüttich und für die Aufwertung der Strecke nach Brüssel durch die erforderlichen Investitionen.

In der nächsten Sitzung des CFL-Verwaltungsrates am 3. Dezember 2012 werden wir jedenfalls das Thema ansprechen. Auch werden wir eine Dringlichkeitssitzung mit dem Nachhaltigkeitsminister anstreben. Daneben haben wir schon mit unseren belgischen CGSP-Kollegen Kontakt aufgenommen. In Kürze werden wir uns in Brüssel mit ihrer Spitze und ihren regionalen Strukturen treffen.

Doch genügt dies alles? In der Sitzung unseres Verbandsrates am 18. Dezember 2012 werden wir die Angelegenheit intensiv beraten. Öffentlichkeitsarbeit ist angesagt. Kommt es zu einer Neuaufgabe der Aktion Nordstrecke?

Bei CFL cargo

Schwierige Kollektivvertragsverhandlungen

Die Verhandlungen zur Verlängerung des Kollektivvertrages bei CFL cargo, die letzte Woche begannen, erwiesen sich schon bei der ersten Zusammenkunft mit der Generaldirektion als recht schwierig. Diese zeigte sich äußerst verschlossen bis abweisend gegenüber unseren Forderungen, die wir, in Anbetracht der schwierigen Situation im Schienengüterverkehr in ganz Europa und auch bedingt durch die negative Entwicklung in der einheimischen Stahlindustrie, in Grenzen hielten.

Wir fordern im qualitativen Bereich einen zusätzlichen Urlaubstag für die über 50jährigen und zwei zusätzliche Urlaubstage für die über 55jährigen Mitarbeiter/innen. Im quantitativen Bereich fordern wir die jährliche Anpassung der Gehälter auf den jeweiligen Monat des Eintrittsdatums der Beschäftigten zu gewähren, beziehungsweise eine einheitliche Jahresprämie, die unter Sozialpartnern ausgehandelt werden soll.

Eine weitere Forderung besteht darin, die Bedingungen zur Gewährung der bestehenden Sicherheitsprämie zu überdenken.



Die Überarbeitung der aktuellen Texte des Kollektivvertrages soll der eigens dafür geschaffenen paritätischen Kommission übertragen werden.

Wir geben der Generaldirektion von CFL cargo Zeit bis zum 3. Dezember 2012 ihre Antwort auf unsere Forderungen zukommen zu lassen.

Wir erwarten, dass über den Weg eines annehmbaren Resultates in diesen Verhandlungen der Einsatz der Belegschaft belohnt wird. Wir erinnern daran, dass wir im Interesse der Zukunft von CFL cargo den Restrukturierungsplan mittragen und auch bis auf wenige Ausnahmen die strategischen Optionen für die Zukunft gutheißen.

Sollte nun aber die Generaldirektion von CFL cargo sich unseren Forderungen total verschließen, werden wir unverzüglich gewerkschaftliche Aktionen in die Wege leiten. Diese Aktionen werden sich dann selbstverständlich nicht alleine auf die Verhandlungen zur Verlängerung des Kollektivvertrages beschränken. Als Beispiel zitieren wir die Einstellung von Arbeitskräften auf Zeit in der CFL cargo Werkstätte in Petingen, die für uns nicht tolerierbares Lohn- und Sozialdumping sind.

Mitgeteilt von FNCTTFEL-Landesverband und OGBL

Aktionstag des Europäischen Gewerkschaftsbundes

Der Widerstand wächst

Die Streiks und Manifestationen in Portugal, Spanien, Griechenland, Italien, Frankreich und Belgien, anlässlich des Aktionstages des Europäischen Gewerkschaftsbundes, am vergangenen 14. November, haben gezeigt, dass der Widerstand gegen die europaweite Sozialabbaupolitik immer konkretere Formen annimmt. Dies ist nicht verwunderlich da auf Grund der neoliberalen Austeritätspolitik Arbeitslosigkeit und Armut ansteigen und die medizinische Versorgung, in verschiedenen Ländern zunehmend in Frage gestellt wird.

Auch wenn hier zu Lande am 14. November keine gewerkschaftlichen Aktionen an der Tagesordnung waren, so haben die vorangegangenen Aktionen gegen die Pensionsreform, gegen Lohn- und Arbeitsplatzabbau bei Luxguard, Cargolux und Luxair gezeigt, dass auch bei uns die Aktionsbereitschaft bei den Aktiven und Pensionierten zunimmt. Dies ist auch notwendig, da auch bei uns die neoliberalen Rezepte immer mehr zum Tragen kommen. Man scheut sich auch nicht Schreckensbilder bezüglich des Staatsdefizites an die Wand zu malen, um die Bevölkerung auf Sozialabbaumaßnahmen einzuschwören.

Falsche Prioritäten

Uns liegt es fern die sozialen Einschnitte in Griechenland, Spanien oder Portugal mit denjenigen bei uns zu vergleichen. Bei uns ist die wirtschaftliche Ausgangslage eine ganz andere und die sozialen Einschnitte werden uns demzufolge in kleineren Dosen verabreicht. Wenn man jedoch die Krisenmaßnahmen der letzten Jahre, zu Lasten der Schaffenden und pensionierten Menschen, zusammen addiert so stellen wir fest, dass wir



insgesamt ärmer geworden sind. Es gibt natürlich auch unter uns Menschen die diesen Verlust an realer Kaufkraft besser verkraften als andere. Für viele Mitbürger wird es jedoch immer schwieriger die Monatsenden zusammen zu bringen, dies auch weil vor allem das Wohnen immer teurer wird.

Der Verlust an realer Kaufkraft, gepaart mit der Schwarzmalerei durch das Patronat und verschiedene Politiker, bleibt nicht ohne Einfluss auf die Entwicklung der Wirtschaft. Vor allem Handel und Handwerk sind die Leidtragenden dieser Politik, da sich der Konsum rückläufig entwickelt. Als Folge hiervon, wird die heranwachsende Jugend immer weniger Arbeitsplätze zur Verfügung haben, in deren Interesse man vorgibt die Politik zu gestalten.

Die Austeritätspolitiken in den südlichen Ländern Europas haben die Finanz-, Wirtschafts- und soziale Krise keineswegs gelöst sondern weiter verschärft. Diese Entwicklung dort müsste eigentlich die Regierung und Parlamentsmehrheit bei uns davon überzeugen von der übertriebenen Sparpolitik Abschied zu nehmen. Dem ist leider nicht so. Bei der Gestaltung des Staatshaushaltes für 2013 haben der Finanzminister und die Mehrheitsparteien scheinbar gewetteifert um möglichst kräftig an der Sparschraube zu drehen.

Außer dem Sparen vermissen wir im Haushaltsentwurf jegliche positive Prioritäten um das Wirtschaftswachstum anzukurbeln und die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Die Sparmaßnahmen gehen vor allem zu Lasten der Ar-

beitnehmer und der Pensionierten. Sie werden die finanzielle Lage der ärmeren Haushalte, deren Einkommen schon durch vorangegangenen Austeritätsmaßnahmen gelitten hat, weiter verschlechtern.

Willkürlicher Sozialabbau

Was uns in dem Zusammenhang vor allem stört, ist die Infragestellung von wichtigen sozialen Errungenschaften um dem Sparziel gerecht zu werden. Wobei man sich fragen muss ob das Sparen oder der Sozialabbau das Ziel sind.

Ein Beispiel für willkürlichen Sozialabbau ist die am 1. Januar geschuldete Anpassung der Pensionen und Renten an die allgemeine Lohnentwicklung. Diese Erhöhung von 1,5% ihrer Bezüge wird den

pensionierten Kolleginnen und Kollegen definitive nicht gewährt. Dabei sind insbesondere die Pensionsbezieher mit geringem und mittlerem Einkommen auf diese Erhöhung angewiesen, ganz egal ob sie in einem Alten- oder Pflegeheim, respektive zu Hause wohnen. Wenn man dann noch bedenkt dass der größte Teil des fälligen Ajustement durch die Pensionskasse finanziert würde und dem Staat durch das Nichtgewähren Steuereinnahmen verloren gehen, kommt man nicht daran vorbei zu schlussfolgern, dass hier ein Zeichen Richtung Sozialabbau bei den pensionierte Kolleginnen und Kollegen gesetzt werden soll. Denn aller Wahrscheinlichkeit nach, wird sich hieraus für den Staat selbst ein quasi Nullsummenspiel ergeben. Was auf der einen Seite gespart wird geht auf der andern Seite durch einen Verlust an Steuereinnahmen verloren.

Das Nichtgewähren des Ajustement und die Kürzung der Mammern sind jedenfalls kein Zeichen einer kohärenten Sozialpolitik, auch nicht im Interesse der jüngeren Generationen. Wer wirklich eine Politik im Interesse der jungen Menschen machen will muss konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einleiten. Die vorgesehenen Kürzungen beim Beschäftigungsfonds und die Abschaffung der „Prétraite solidarité“ zielen jedenfalls in die falsche Richtung.

Deshalb fordern wir die Rücknahme der Sozialabbaumaßnahmen und wie in der aktuellen Gesetzgebung vorgesehen, das Ausbezahlen des Ajustement am 1. Januar 2013. Weiterhin drängen wir auf die Einleitung einer Politik die auf soziale Gerechtigkeit und Vollbeschäftigung ausgerichtet ist.

Nico Wennmacher

Gutachten der Staatsbeamtenkammer zum Budgetentwurf 2013

„Es kursieren viele Fehlinformationen“

Die Staatsbeamtenkammer malt ein weniger schwarzes Bild als die Regierung und die Mehrheitsfraktionen im Parlament von der Finanzlage des Staates. Es würden viele Fehlinformationen kursieren.

In ihrem Gutachten zum Gesetzesvorschlag für den Staatshaushalt 2013 bescheinigt die Staatsbeamtenkammer der Regierung, am 2. Oktober einen ausgewogenen Kompromiss vorgelegt zu haben. Dieser Entwurf habe sich bemüht, einen Ausgleich sicherzustellen zwischen der Notwendigkeit, die Staatskonten wieder ins Gleichgewicht zu bringen und der Verschlechterung der Wirtschaftslage entgegenzuwirken, heißt es in einer Mitteilung der Kammer.

Die Kritik am Gesetzentwurf ist laut Staatsbeamtenkammer „rude und unsachlich“. Die Forderungen widersprüchen jeglicher Logik und seien unverantwortlich.

Kritik übt die Kammer dann auch am abgeänderten Entwurf. Im „neuen“ Budgetentwurf vom 6. November, der zusammen mit den Parlamentsfraktionen von CSV und LSAP ausgearbeitet wurde, seien unter anderem die dem Parlament versprochenen Ausgabenkürzungen von 200 bis 250 Millionen Euro nicht mehr wiederzufinden, so die Staatsbeamtenkammer.

Die Netto-Budgetausgaben würden sogar um 19 Millionen zunehmen. Das Budgetdefizit werde nur um 162 Millionen abgesenkt, weil sich die Steuereinnahmen um 182 Millionen erhöhen. Davon gingen aber 128 Millionen zulasten der Haushalte und Arbeitnehmer. Muss überhaupt ein solches Sparbudget gestimmt werden? Die offi-



Die erste Vorlage zum Staatshaushalt sei ein ausgewogener Kompromiss gewesen, meint die Staatsbeamtenkammer

ziellen Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache, wird in der Mitteilung betont.

Die Haushaltskonten von 2011 belegten, dass im abgelaufenen Jahr die Staatseinnahmen um 9,7 Prozent oder 912 Millionen Euro zugelegt hätten, dass sich das laufende Budget-Jahressaldo um 412 Millionen Euro verbessert habe, von 362 Millionen auf 773 Millionen Euro, und dass die Staatsschuld sich von 16,8 auf 16,0 Prozent des Brutto-Inlandsproduktes (BIP) verringert habe.

Das Defizit des Gesamtstaates (einschließlich also des Gemeindefektors und der Sozialversicherungen) habe sich nach der Maastricht-Rechenmethode um 191 Millionen verbessert. Das Defizit habe sich von 0,83 auf 0,33 Pro-

zent des BIP verringert. Das sei weit entfernt von der europäischen offiziellen Voraussage eines Defizits von 3,0 Prozent für 2011.

Die nominale Staatsschuld schließlich, wird deutlich übertroffen durch das Volumen der Finanzaktiva des Luxemburger Staates, von mindestens 10 bis 12 Milliarden Euro, die vor allem den Besitz der Staatsbetriebe und Beteiligungen an Privatunternehmen darstellen.

Die Kammer erinnert dabei an ihren Vorschlag aus den Vorjahren – ähnliche Überlegungen kommen nun auch aus der Bankenwelt –, diese Aktiva in einem Beteiligungsfonds zu bündeln. Dieser soll in Zukunft z.B. staatliche Kapitaleingriffe im Privatsektor übernehmen.

Zu pessimistisch

Des Weiteren würde es sich bei allen Prognosen für 2012 und 2013 um Zahlen aus Quellen handeln, die sich in der Vergangenheit immer als viel zu pessimistisch erwiesen hätten, erklärt die Kammer.

Ein radikaler Budgetkurs sei nicht notwendig, so die Staatsbeamtenkammer, welche die von den Arbeitgebern finanzierten „think tanks“ und die „Spindoktoren“ verantwortlich für die Desinformation im Zusammenhang mit den öffentlichen Finanzen macht.

Tageblatt

Interna

Bücherkontrolle

Wie schon in den letzten Jahren bietet die Kontrollkommission auch für das Jahr 2013 den Kassierern die Mög-



lichkeit, ihre Kassenbücher im Casino Syndical in Bonneweg überprüfen zu lassen.

Folgende Daten sind hierfür vorgesehen, jeweils zwischen 17.00 und 18.30 Uhr (2. Stock):

Montag, 7. Januar 2013
Montag, 14. Januar 2013
Montag, 21. Januar 2013
Montag, 28. Januar 2013

Die Kontrollkommission macht die Verantwortlichen der jeweiligen Generalversammlungen darauf aufmerksam, dass ihr die Daten der Generalversammlungen offiziell in einer diesbezüglichen Einladung mitzuteilen sind.

Außerdem macht sie darauf aufmerksam, dass der „Bericht der Kontrollkommission“ offizieller Punkt der Tagesordnung einer jeden Generalversammlung sein muss.

Die Kontrollkommission

Selektivität



Jetzt ist es offiziell, das Arbedschloss am „Rousegärtchen“ soll nicht mehr Sitz der Generaldirektion des Stahlriesen ArcelorMittal sein. Das symbol- und geschichtsträchtige Gebäude in der Freiheitsavenue wird eingemottet und steht wohl bald zum Verkauf. Die Prestigeimmobilie, die in den frühen zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts errichtet wurde, beherbergte auch die Sitzungen des Verwaltungsrates und Betriebsrates. 200 Beschäftigte werden nun auf andere Verwaltungsgebäude der Nummer 1 auf dem weltweiten Stahlmarkt verteilt. ArcelorMittal Arbeiter versammelten sich des Öfteren vor diesem auch als Symbol der Macht des Konzerns geltenden Arbed-Schlusses um gegen die Entscheidungen der Konzernspitze zu demonstrieren. Die Kon-

zernzentrale hat schon so manches erlebt. Die relativ rabiate Vorgehensweise der Polizei; es wurden gezielt Gummigeschosse eingesetzt; führte 2008 anlässlich einer Demonstration belgischer Stahlkocher zu einer ernsten Verletzung eines Kameramannes von RTL. Damals beschützte die geballte Staatsmacht mit eben diesem Resultat das historische Gebäude. Der Grund für die oben genannte Maßnahme? Strom und Heizung werden wohl zu teuer um das Gebäude rentabel zu betreiben.

Nun, dem ist eigentlich nichts mehr hinzu zu fügen.

Das Gebäude, das Symbolcharakter für das Industriezeitalter Luxemburgs hat, soll also sich selbst überlassen werden. Und die Heuschrecken ziehen weiter. Auch wenn nicht direkt Arbeitsplätze von dieser Maßnahme betroffen sind; die Art und Weise wie diese „Betriebsschließung“ von staten ging, lässt tief, sehr tief blicken. Aber weil Lakshmi Mittal ja auch nicht für die Krise kann, werden wir wohl bald wieder zur Tagesordnung übergehen. Und die wird von Austerität geprägt. Sozusagen unser tägliches Brot. Die einen stellen die Heizung ganz ab, die anderen versuchen es mit gezielten Anpassungen. Justieren nennt Sozialminister Mars Di Bartolomeo das. Dass dadurch viele Beschäftigte gezwungen werden, länger zu arbeiten, um dann vielleicht doch weniger mit in die Rente zu bekom-

men, interessiert wohl nur die Betroffenen. Bis zu 14% realer Pensionsverlust kann es für Berufseinsteiger schon werden. Die seit 2006 betriebenen Indexmanipulationen kosten jeden einzelnen noch einmal 10%. Ob der integrale Indexmechanismus 2015 wieder eingeführt wird, steht in den Sternen. Die Desindexierung der Familienzulagen hat einen weiteren negativen Impact auf die finanzielle Situation der Beschäftigten und deren Familien. Der entstandene Kaufkraftverlust ist enorm und kann wohl nie wieder ausgeglichen werden. Aber das alles ist ja keine Austerität wie der Premier uns permanent wissen lässt. Nein das sind Anpassungen und sozialverträgliche dazu. Aha! Unser vielbewunderter, vielgeister und aufopferungsvoller Staatsminister weiß wovon er spricht. Er hat das Elend der strauchelnden Eurostaaten Griechenland, Portugal und Spanien jeden Tag vor Augen und will uns eigentlich nur beschützen. Oder führt er anderes im Schilde? Das Problem mit der Austerität ist ja gerade das der „gefühlten“ Austerität. Den Lohnabhängigen wird permanent vorgegaukelt, dass es ihnen doch so schlecht nicht geht. Nun die Statistik sagt etwas anderes. Die Kaufzurückhaltung ist spürbar und die „Cent-Buttéker“ sind eine feste Größe im so reichen Luxemburg geworden. Die in Luxemburg ansässigen Betriebe werden durch die Indexmanipulation alleine dieses Jahr 225 Mio. € sparen. Bis 2015 werden

es wohl 725 Mio. € sein. Was geschieht mit diesem Geld? Sollte es nicht in die Betriebe reinvestiert werden? Wer überwacht das? Wer müsste hier Verantwortung übernehmen?

Viele Fragen,....

.....aber keine zufrieden stellende Antworten. Alles in allem gibt es bei der momentanen Krisenbewältigung nur einen großen Verlierer, das Salarial! Und das Ungleichgewicht soll sich noch weiter verschärfen. Sozialpolitik soll noch selektiver werden. Beschäftigungspolitik auch. Das Budgetprojekt für 2013 sieht in seiner überarbeiteten Form weitergehendes Einsparpotenzial vor! Beim Solidaritätsfonds sollen es rund 9 Millionen sein, bei den Familienzulagen 11 Mio. €. Insgesamt also 20 Mio. €. Selektive Sozialpolitik also. 5 Mio. € werden durch Nichtbesetzen von frei werdenden Posten im öffentlichen Dienst gespart. Und dann sollen noch mal rund 21 Mio. € beim „Fonds du Rail“ gespart werden. Bei der Reform im öffentlichen Dienst werden die Berufseinsteiger die großen Verlierer sein. 20% weniger Lohn während der Ausbildungszeit im Vergleich zu heute. Damit wird vielen potenziellen Kandidatinnen und Kandidaten die Lust am öffentlichen Dienst sicherlich vergehen. Auch das gehört dann wohl in die Rubrik selektive Sozialpolitik.

Jean-Claude Thümmel

EU-Haushalt



Spaniens Regierungschef Rajoy hat den vom ständigen Präsidenten des Europäischen Rates, van Rompuy, vorgelegten Haushaltsentwurf für den Zeitraum 2014-2020 als „unannehmbar“ zurückgewiesen. „Wir sind nicht damit einverstanden“, sagte Rajoy. Er habe die spanische Ablehnung dem EU-Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso mitgeteilt. Barroso äußerte heftige Kritik an jenen EU-Mitgliedstaaten, die den Haushalt für die nächsten sieben Jahre kürzen wollen. Van Rompuy will das Budget um rund 75 Milliarden Euro reduzieren. Barroso zeigte Verständnis für die „Empörung“ vieler Bürger, die Opfer der „falschen Politik einiger Regierungen und des Finanzsystems“ seien. Er sei darüber entsetzt, dass es Regierungen gebe, die grundlegende Programme zur Unterstützung der weniger entwickelten Regionen, zur Ankurbelung der Wirtschaft und zur Schaffung von Arbeitsplätzen reduzieren wollen. Deswegen bestand der Portugiese darauf, dass man an dem von der EU-Kommission ausgearbeiteten Haushaltsentwurf festhalten solle. Dieser soll nächste Woche bei einem Gipfeltreffen in Brüssel den 27 Mitgliedstaaten vorgelegt werden.

Verkürzter Artikel aus „Spaniens Allgemeine Zeitung“

250 Personen demonstrierten vor dem Parlament

„Die Frauen sollten die Wahl haben“

Rund 250 Personen haben letzten Freitag ab 13.30 Uhr vor dem Parlament gegen die Textvorlage zur Reform des Gesetzes zum Schwangerschaftsabbruch protestiert.

Dazu aufgerufen hatte das Kollektiv „Si je veux!“ das sich für das Selbstbestimmungsrecht der Frau einsetzt. Einer der Hauptkritikpunkte ist und bleibt natürlich die zweite, psychosoziale Pflichtberatung. Laure Schreiner vom Kollektiv freute sich, dass so viele Leute gekommen sind. Die Protestaktion ist ein wahrer Erfolg, sagte Schreiner.

Der Demonstration hatten sich mehrere Abgeordnete angeschlossen, u.a. die Grünen Viviane Loschetter, Josée Lorsché, Félix Braz und Camille Gira sowie die liberale Abgeordnete Lydie Polfer und Serge Urbany von „déi Lénk“. Solidarisch zeigte sich auch OGBL-Präsident Jean-Claude Reding.

Katholische Hardliner aus dem Ausland

Bei der Protestaktion waren alle Altersklassen vertreten. Eine Gruppe von Schülerinnen, die nach dem Unterricht zur Kundgebung kam, hielt ein Plakat mit der Aufschrift „It's my body, it's my life“ hoch. Eine von ihnen, die 18-jährige Magda Orlander, erklärte gegenüber dem Tageblatt, es sei geradezu eine Beleidigung, dass die Frauen heute noch immer als unmündige Wesen behandelt würden.

Etwas turbulenter wurde es, als kurz nach Beginn der Kundgebung rund ein Dutzend eher ältere Männer von der ultra-konservativen



Das Kollektiv „Si je veux!“ erteilte den Abgeordneten eine Zwangsberatung in Sachen Schwangerschaftsabbruch

„Federation pro Europa Christiana“ aus Brüssel kleine, aus Karton gebastelte Särge niederlegten und die Protestaktion störten. Die erzkatholischen Hardliner – die sogar im Fall einer Vergewaltigung den

Frauen das Recht auf Abtreibung absprechen – waren extra aus dem Ausland angereist.

Die 250 Demonstranten antworteten, indem sie lautstark „Si je

veux!“ skandierten. Diesen Slogan riefen die Protestierenden auch, als die Abgeordneten die „Chamber“ betraten. Beim Ankommen von LSAP-Deputierten schienen die Demonstranten besonders

motiviert. Die Sozialisten verteidigen das Gesetz bekanntlich als Kompromisslösung. Zusätzlich erteilten die Vertreterinnen des Kollektivs „Si je veux!“ den Parlamentariern dann auch eine obligatorische Beratung vor dem Votum.

In einer symbolischen Aktion wurde den Abgeordneten ein Attest überreicht, das besagt, dass sie darüber informiert wurden, dass eine Zwangsberatung nicht dazu führen wird, dass weniger Frauen ungewollt schwanger werden und dass Luxemburg vom Europarat angehalten wurde, die Regelung des Schwangerschaftsabbruchs aus dem Strafrecht zu entfernen.

Eine Pflichtberatung für die Abgeordneten

Zudem wurde ein Blumengebinde vor dem Treppenaufgang zum Parlament niedergelegt, um daran zu erinnern, dass die Frauen im Jahr 1919 im Großherzogtum das Wahlrecht erhielten. Auch heute sollten die Frauen die Wahl haben, forderte Christa Brömmel vom „CID-femmes“. „Frauen müssen das Recht haben, eine ungewollte Schwangerschaft abzubrechen, ohne Erniedrigung, ohne dass mit dem Finger auf sie gezeigt wird“, erklärten Christa Brömmel und Laure Schreiner unter den Ja-Rufen der Demonstranten.

Gegen 14.30 Uhr löste sich die Protestkundgebung auf. Auch die Ultra-Katholiken aus Belgien verabschiedeten sich – und zwar mit einem „Ave Maria“.

Michelle Cloos, Tageblatt

Réforme de la loi sur l'avortement

Non à une autodétermination sous contrainte!

Le 7 novembre 2012, la commission juridique examinera, une fois de plus, le projet de loi No 6103 portant modification de l'art. 353 du code pénal.

Le Collectif Si je veux - pour l'autodétermination de la femme est hautement déçu de l'état du dossier. Il semblerait que la coalition gouvernementale se bornera à adopter un compromis, ce aux dépens des femmes qui veulent avoir recours à une Interruption Volontaire de Grossesse (IVG).

Deux revendications essentielles du Collectif n'ont pas été retenues.

L'IVG ne sera pas dépénalisée. Pour le Collectif, il est inadmissible que cet acte continue à figurer dans le code pénal.

Et surtout, la nouvelle deuxième consultation obligatoire introduite par le projet de loi sera maintenue, même si des aménagements quant au lieu où cette consultation devra se faire ont été apportés. Non seulement on ne peut qualifier d'autodéterminée une décision qui est réglemantée de façon aussi dirigiste que prévu par les amendements.

Pire, le caractère obligatoire de cette consultation renverse radicalement la prétendue liberté de la

femme de déterminer souverainement sa détresse et de décider librement d'une IVG.

Le Collectif s'oppose énergiquement à ce que le législateur donne à la femme un statut d'assistée, qui serait incapable de prendre ses décisions de façon responsable.

Le Collectif réitère ses revendications et lance un appel urgent à la commission parlementaire juridique à apporter de nouveaux amendements dans ce sens.

Collectif „Si je veux - pour l'autodétermination de la femme“ - p/a Cid-femmes, Christa Brömmel, Tél. 241095-43

Projekt der „Chambre des salariés“ und der Uni Luxemburg

Neuer Index misst Arbeitsqualität

Dass die Arbeit krank machen kann, wurde schon in etlichen Studien bewiesen. Weitgehende wissenschaftliche Langzeitstudien, welche die Entwicklung der Arbeitsqualität aufzeichnen, sind jedoch Mangelware.

Die Universität Luxemburg hat nun ein Instrument, oder besser gesagt einen Fragenkatalog, ausgearbeitet, wie diese Qualität gemessen werden kann. Der leitende Wissenschaftler der Studie, Prof. Dr. Steffgen, stellte das neue Projekt kürzlich vor.

Einmal im Jahr wird TNS-Ilres 2.000 Arbeitnehmer in Luxemburg (Grenzgänger eingeschlossen) nach ihrem Wohlbefinden auf der Arbeit befragen. Mittels 110 Fragen, die in vier Sprachen zu Verfügung stehen, werden zwölf Index-Komponenten wie z.B. die Arbeitsorganisation, das Wohlbefinden oder die Sicherheit zusammengestellt.

Individuelles Empfinden

Daraus wird ein Index errechnet, der heute am Anfang der Studie bei 100 angesiedelt wird. Steht er in einem Jahr bei 102, so würde dies bedeuten, dass sich die Arbeitsqualität in Luxemburg um zwei Indexpunkte verbessert hat. Verschlechtern kann sich die Situation selbstverständlich auch. Die ersten Resultate sollen noch vor dem kommenden Sommer vorliegen. Da diese Umfrage ab 2013 einmal pro Jahr durchgeführt wird, erhofft sich die „Chambre des salariés“, dadurch ein Instrument zu erhalten, mit dem sich genau die Situation und die Entwicklung der Arbeitsqualität verfolgen lässt.

Arbeitsqualität ist für jedermann verschieden. Sie wird erstens von der Persönlichkeit jedes Einzelnen und zweitens vom Umfeld beeinflusst. Das subjektive Erleben spielt dabei eine große Rolle.

Inwieweit die Arbeit die Gesundheit eines Menschen beeinflussen kann, darüber wurde bereits viel geschrieben und diskutiert. Im Jahre 2006 beschäftigte sich der Wirtschafts- und Sozialrat mit dem Thema Wohlbefinden auf der Arbeit und arbeitete auch einige Vorschläge aus. Leider sei bis dato nichts weiter geschehen, bedauerte der Präsident der CSL, Jean-Claude Reding. Vier Jahre später hat der OGBL in Zusammenarbeit mit TNS-Ilres eine Studie über die Sicherheit und das Wohlbefinden auf dem Arbeitsplatz durchgeführt. Man sei sich damals mit der TNS einig gewesen, dass man diese Arbeit noch vertiefen müsse, sagte Reding.

Ein Schwachpunkt der vorherigen Studie war, dass sie nicht unbedingt allen wissenschaftlichen Kriterien gerecht wurde, erklärte der stellvertretende Direktor der CSL, Alain Kinn. Ihm zufolge gibt es zwar Literatur über einzelne Aspekte der Gesundheit in Verbindung mit dem Arbeitsplatz. Umfassende Studien oder Datensammlung seien jedoch rar. Bei dieser Arbeit habe man sich z.B. an ähnlichen Erfahrungen aus dem Ausland, wie etwa aus Österreich, inspiriert. Alles in allem könne Luxemburg jedoch als Vorreiter auf diesem Gebiet angesehen werden, da ein exakt gleiches Instrument nirgendwo sonst existiere, erklärte Prof. Dr. Georges Steffgen.

c.mol., Tageblatt



Un livre édité par les CFL

„100 Joer Gare Lëtzebuerg“

Récemment, le Premier ministre Jean-Claude Juncker et le Ministre du Développement durable et des Infrastructures, Claude Wiseler se sont vu remettre un exemplaire du livre „100 Joer Gare Lëtzebuerg“.

Le livre édité par les CFL pour commémorer le centenaire de la gare en 2012, par les responsables de la SN des CFL.

Romain Meyer



Infobox

100 Joer Gare Lëtzebuerg – 1912-2012: eine einzigartige Zeitreise: 324 Seiten (Softcover mit Poster), zweisprachig (F/D).

Zum Preise von 36€ ist dieses Buch im Buchhandel erhältlich.



(d. g. à d.): Jeannot Waringo, président du Conseil d'Administration des CFL, Jean-Claude Juncker, Alex Kremer, directeur général des CFL



(d. g. à d.): Jeannot Waringo, président du Conseil d'Administration des CFL, Claude Wiseler, Alex Kremer, directeur général des CFL

Buchvorstellung: „100 Joer Gare Lëtzebuerg“

Eine einzigartige Zeitreise

Der Bahnhof Luxemburg feiert in diesem Jahr seinen 100. Geburtstag. Seine Geschichte geht allerdings noch weiter zurück und wird jetzt von einem Buch erzählt, das kürzlich im Bahnhof vorgestellt wurde.

„Es kommt nicht alle Tage vor, dass die Eisenbahngesellschaft ein Buch herausgibt“, so CFL-Generaldirektor Alex Kremer, „und es ist ja auch nicht ihr ‚core business‘“, aber auf „100 Joer Gare Lëtzebuerg - 1912-2012: Eine einzigartige Zeitreise“ ist er mehr als ein bisschen stolz. „Es ist wirklich sehr gelungen und müsste vielen gefallen“, so Kremer, der es dann CFL-Pressesprecher Romain Meyer, der selber am Buch mitgearbeitet hat, überließ, das Werk vorzustellen.

„Vielschichtig“ wäre das treffendste Wort, um zu beschreiben, was der Leser hier auf 324 Seiten findet. Historische Artikel, die die Anfänge des Bahnhofs in den 1850er Jahren beschreiben, die traurige Rolle des Hollericher Bahnhofs während des Zweiten Weltkriegs, die verschiedenen Bahnhofsvorsteher bis heute, aber auch Reportagen und Interviews, etwa mit Isabelle Zahlen, die 28 Jahre lang das Touristenbüro am Bahnhof



Wer den Schutzumschlag des Buches abnimmt, findet ein Poster vom Bahnhof. Aber nicht nur deshalb hat das Werk es in sich, wie CFL-Pressesprecher Romain Meyer erklärte.

leitete und erzählt, wie des Französischen nicht mächtige Touristen mit Blick auf das Ausgangsschild fragten, was man denn in „Sortie“ so alles besichtigen kön-

ne. Auch die rezenten Umbauarbeiten werden noch mal Revue passieren gelassen. Hinzu kommen zahlreiche Fotos von damals und heute. Aufgelockert wird das

Ganze durch die Karikaturen von Carlo Schneider und Lucien Czuga.

Khe, Tageblatt

Réckbléck

- Am 23. Oktober traf sich die paritätische Kommission bei der CFL zu einem ersten Meinungsaustausch in Sachen Reformen.
- Die Exekutive des Sektors Eisenbahnen traf sich am 25. Oktober um die Arbeiten des Sektors bis Jahresende zu organisieren.
- Am 26. Oktober stattete eine Delegation des Landesverbandes den Werkstätten Pétingen einen Besuch ab.
- Am 31. Oktober fand eine Unterredung mit den Ministern Mars di Bartolomeo und Nicolas Schmit statt. Hauptdiskussionspunkt - wie könnte es anders sein - die geplante Pensionsreform.
- Vom 5. bis zum 7. November 2012 weilte Kamerad Jean-Claude Thümmel in Budapest. Es war das letzte internationale Treffen des Zugbegleitpersonals in dieser Form.
- Am 6. November tagte der gemischte Betriebsrat der CFL.
- Am 12. November tagte der Verbandsrat mit einer gut gefüllten Tagesordnung.
- Am 13. November beteiligte sich eine Delegation des Landesverbandes an der Protestmanifestation von OGB-L und LCGB gegen den Kahlschlag bei Cargolux und Luxair.
- Am 14. November fanden quer durch Europa verschiedenste Aktionen statt.
- Am 15. November fand im CEFOS in Remich die letzte Schulung für das laufende Jahr statt. Thema: Jugend und Autorität.
- Am 19. November fand eine erste Runde zwischen Gewerkschaften und Patronat zwecks Erneuerung des Kollektivvertrages bei CFL Cargo statt.
- Der Exekutivvorstand des Landesverbandes tagte am 20. November.
- Der zweite Delegiertentag des Sektors Eisenbahnen am 21. November befasste sich mit den Themen Delegationsarbeit und neues Kapitel 12 der Generalorder Nummer 3.
- Generalsekretär Jean-Claude Thümmel repräsentierte den FNCTTFEL-Landesverband anlässlich der Eröffnung des FCPT-Syprolux Kongresses am 22. November in Ulflingen.
- Der Startschuss der Herbsttour des Landesverbandes fand am 26. November im Centre de remisage et de maintenance statt.
- Am 28. November präsentierte der Kabarettist Jemp Schuster sein letztes Programm mit dem Titel „Et geht elo duer“ im Festsaal des Casino Syndical.

Jean-Claude Thümmel

Redaktionsschluss für die nächste Nummer des

„Le Signal“

Dienstag, 11. Dezember 2012

6 novembre 2012

Procès-verbal de la réunion du Comité Mixte d’Entreprise

La réunion du Comité Mixte d’Entreprise s’est tenue à l’Hôtel de la Direction Générale des CFL.

Ordre du jour

1. Approbation du procès-verbal de la réunion du 10 juillet 2012

Les membres du Comité Mixte ont approuvé le procès-verbal en question.

2. Evolution de la situation générale de la Société

Le Directeur Général expose les faits saillants ayant marqué le 3e trimestre 2012, en l’occurrence la ponctualité du trafic, les festivités du centenaire de la Gare de Luxembourg avec mise en service verrière, marquises, quai 1; projet du tacte semi-horaire ligne de Pétange, mise en service des 2 voies vers Sandweiler, arrêt pont rouge, funiculaire, Aramis, gare périphérique Howald, gare Bettembourg, Multimodal, WSA, Gare Ettelbruck et Esch/Alzette.

Le Ministre des Transports a visité le PDL dans le cadre du projet de la ligne de Pétange, et la mise en service de la navette marchandises entre Bettembourg-Trieste-Turquie.

3. Information sur les points présentés dans la séance du Conseil d’administration des CFL du 1er octobre 2012

Projets Fonds du Rail, nouveau contrat d’énergie traction avec Creos, GSMR, consolidation de la plate-forme Wasserbillig.

4. Rapport sur la sécurité du Groupe CFL

Présenté par Mme Doris Horvath, Chargée de Gestion QSE. Baisse des accidents de service, tendance vers le bas des agressions et des suicides.

5. Présentation du rapport d’activités 2011 du Service Santé au travail des CFL

Présenté par Dr Renate Kuhn, médecin du travail des CFL: 1216 examens périodiques, 235 examens à l’embauchage, 324 examens sur demande, 341 vaccinations, etc. Total: 2460 examens y compris examens pour femmes



enceintes, restrictions d’occupation, inaptitudes temporaires et définitives. Surveillance médicale, examens biologiques, toxicologiques, radiologiques, inopinés, vaccinations et avis médicaux spécialisés. Médecine préventive, maladies professionnelles, nuisances liées aux conditions de travail, postes à risque, harmonisation des visites périodiques. L’effectif du personnel sera renforcé par une unité médicale.

6. Demande de présentation d’un rapport d’activités du Service de psychologie

Ce rapport sera présenté le moment venu par Mme Véronique Holder, psychologue des CFL. L’effectif du personnel sera renforcé par une unité psychologue d’expression luxembourgeoise.

7. Réorganisation EI de la ligne Nord

Moyennant mise en place de chefs de circulation et de surveillance

ambulants, agents info clientèle, roulements de réserve, initiation des agents aux postes voisins dans le cadre de la fermeture des postes de Mersch et de Clervaux.

8. Approbation de la nouvelle IG 17 „Découverte d’amiante“

Objectif: simplification de la procédure. Approuvé par CM.

9. Rectificatif N° 2 du 1.11.2012 du SMS

Audits par équipes mixtes. 2 mises à jour annuelles. Approuvé par CM.

10. Autorisation relative au traitement de données à caractère personnel en matière de tachygraphie digitale et analogique

Agrément ministériel alloué aux CFL. Données spécifiques conservées 2 ans suivant prescriptions légales sur la protection des données.

11. Demande en autorisation pour l’installation d’une vidéo-surveillance dans le nouveau parking à Belval-Université

BMS : Building Management System. 58 caméras. Transfert des données vers la centrale vidéo. Mise en service avril 2013. Approuvé par CM.

12. Publication des documents d’appui et des rapports du CM sur Intranet

Centralisation des documents. But: éviter trop de dossiers. Rapports 2009-2012 sont publiés au site. Définition des usagers et des agents autorisés à intervenir sur le site.

13. Dress-guide: rapport de la réunion avec les délégués du personnel AV et REQ du 10.10.2012

Certains points restent à discuter avec le Service AV. Différences d’interprétation du procès-verbal de la délégation du personnel.

Analyse de la procédure EI. Accord du CM.

14. Définition des paramètres pour l’établissement des effectifs 2014 (Travail effectif prévu pour 2014 en moyenne par poste suivant les différentes catégories de personnel)

Définition suivant annexe 1 à l’effectif du personnel 2014 faisant partie intégrante du rapport de la dernière DC restreinte ayant pour objet les journées improductives, la formation, la motivation, les missions et le plan des retraites du personnel.

15. Evacuation du triage de Bettembourg-Présentation du plan de secours

Le plan existe depuis 2001 ; grand exercice ou audit tous les 3 ans. 2010: dernier exercice avec fuite sur un wagon. Prochain exercice en 2013. Loi nationale sur les opérations de triage (RID et fiches UIC). Le plan sera présenté prochainement au CM.

16. Etat délabré du bâtiment du Poste Directeur de Mertert-Port

Le poste date de 1964. Réfection des locaux du personnel, chauffage, local visiteurs, remise en peinture. Le Service MI s’en chargera.

Divers

IS 99: Communication, méthodologie:

Le rapport correspondant a été dressé avec le concours d’EF, CFL-Cargo et GI. RGE à respecter, enregistrement et contrôle des communications importantes en matière de circulation ferroviaire.

Cavalcade Diekirch:

Mise à quai protégée à Diekirch. Mesures à prendre.

Livrets Sécurité du Personnel:

Audits Consigne + traduction en allemand. Approuvé par CM.

Jean-Marie Thoma

Umbauarbeiten am Escher Bahnhof

Fahrkartenschalter statt „Buffet“

Das „Buffet“-Restaurant am Escher Bahnhof wird Ende des Jahres schließen und umgebaut werden zu neuen Verkaufsräumen für Fahrkarten. Mitte des nächsten Jahres sollen die Arbeiten abgeschlossen sein.

„Wir haben dem ‚Buffet‘ im Escher Bahnhof gekündigt“, sagte Tom Jurcevic von der Pressestelle der CFL, die Besitzer und bisher Vermieter des Lokals ist. „Im Dezember wird das ‚Buffet‘ dann vermutlich aufhören und das Lokal verlassen.“ Dann wird das Gebäude zu einem Fahrkartenverkaufsraum umgebaut, ein bisschen in dem Stil wie beim internationalen Fahrkartenverkauf am Bahnhof Luxemburg. In Esch sollen die Verkaufsräume dann „ein bisschen edler aussehen als jetzt. Weil Esch ja der zweite Bahnhof im Lande ist, sollen auch Schalter und Fahrkartenverkauf ‚d’envergure internationale‘ sein.“ Damit ist auch das Erscheinungsbild gemeint.

Fertigstellung im Mai 2013

Das Gebäude an sich wird stehen bleiben, für die Reisenden dürfte sich während der Arbeiten nicht allzu viel ändern. „Die aktuellen Schalter sind weit genug weg, es könnte höchstens sein, dass an ein oder zwei Tagen keine Fahrkarten dort verkauft werden können.“ Bis Mitte des nächsten Jahres sollen die Arbeiten beendet sein. April 2013 wäre der ehrgeizigste und wohl frühestmögliche Termin, angepeilt wird aber Ende Mai.

Was den kleinen Take-out-Laden und den Zeitungskiosk rechts neben dem Eingang angeht, so sollen diese erst mal dort bleiben. Jurcevic verweist aber auf die Gemeinde Esch, die ja bekanntlich neben dem Bahnhofsgebäude den Bau einer Jugendherberge plant. Auch die CFL wolle noch daneben etwas bauen. Was genau könne er aber nicht sagen, so Jurcevic. Überhaupt ist ja der Escher Bahnhof, nachdem die CFL in der Hauptstadt die Um- und Neubau-



Im Dezember ist Schluss: Dort wo sich jetzt noch das „Buffet“ befindet, sollen bis Mai 2013 neue „Guichets“ der CFL entstehen

Arbeiten weitestgehend abgeschlossen hat, das nächste große Projekt der nationalen Eisenbahngesellschaft.

Sicher ist, dass der jetzige Verkaufsraum am Escher Bahnhof nach dem Umzug „revalorisiert“ werden soll, wie es von CFL-Seite hieß. Aber auch hier wisse man noch nicht genau, auf welche Art und Weise das passieren soll. In den neuen Räumlichkeiten soll es aber auf ca. 220 m2 mehr Schalter und mehr Platz geben, „so dass die Kunden sich nicht gegenseitig auf die Füße treten.“ Der internationale Fahrkartenverkauf, der in Esch auch jetzt möglich ist, soll komfortabler werden, weil beim Umbau auch technisch aufgerüstet werden soll. Nicht nur die zahlreichen Studenten, die Esch mit der Universität erwartet, dürfte das schon mal freuen.

Kim Hermes, Tageblatt

Personnel d’accompagnement des trains

Meeting international à Budapest

Le meeting international des accompagnateurs de train réuni à Budapest en date du 5 et 6 novembre 2012 a effectué une analyse de fond en matière de chemins de fer et travailleurs dans un environnement libéralisé.

Les conditions de travail et les conditions sociales des travailleurs se trouvaient entre autres à l’agenda du Meeting et ont été débattues à fond. Les par-

ticipants au Meeting à Budapest sont persuadés que la présence humaine sous forme de personnel d’accompagnement des trains bien formé et en nombre suffisant, est une condition indispensable afin de maintenir et de garantir la qualité, la sécurité et la sûreté à bord des trains. Une certification à l’instar de celle en vigueur pour les conducteurs de trains reste une priorité absolue pour les participants au meeting. La création d’un groupe de travail „Personnel d’accompagnement” représente

un grand pas en avant.

Au sein de l’ETF, le personnel d’accompagnement des trains se donne la possibilité de travailler beaucoup plus ciblé. Le steering-comité au sein du groupe de travail se réunira au courant du mois de décembre 2012 afin de développer les priorités pour 2013.

L’accord de Berlin sur l’interopérabilité va évidemment dans la bonne direction.



Les participants au meeting international lors d’une visite du musée ferroviaire à Budapest

Alle Jahre wieder

Delegiertentag des Sektors Eisenbahnen



Am 21. November 2012 fand der regelmäßig stattfindende Delegiertentag des Sektors Eisenbahnen statt. 30 Delegierte und fünf eingeladene Gäste haben zwischen 8.30 und 12.30 Uhr hauptsächlich über die 2 folgenden Punkte diskutiert und referiert: „Die Delegierten 1 Jahr vor den Sozialwahlen“ und „Kapitel 12 des OG 3“.

Dass nächstes Jahr wieder Sozialwahlen anstehen, dürfte wohl jedem bekannt sein. Die Diskussion, über die Sozialwahlen, wurde von unserem Präsident Alphonse Clasen, geleitet mit den 3 Fragen „Wo stehen wir?“, „Welches sind unsere Ziele?“ und „Was brauchen und müssen wir noch tun um diese Ziele zu erreichen?“. Aus der allgemeinen Diskussion ging klar heraus, dass wir als Landesverband die nächsten Sozialwahlen nicht zu fürchten brauchen. Die Dele-

gierten und Ersatzdelegierten aller Berufsgruppen konnten berichten, dass sie fast tagtäglich mit Problemen befasst werden und dann probieren, diese so gut wie möglich selbst zu lösen oder an die richtigen Plätze weiterzuleiten. Der Präsident forderte alle Anwesenden auf, spätestens für die nächsten Generalversammlungen, anfangs 2013, die Kandidatenlisten zu vervollständigen und weiter im Dienste der Kolleginnen und Kollegen zu arbeiten und diesen auch die Wichtigkeit von Gewerkschaften immer wieder zu erklären.

Der 2. Teil des Delegiertentages war dem neuen Kapitel 12 des OG 3-„Inaptitudes pour raisons médicales“ gewidmet. Hierzu hatten sich die Kollegen aus dem RH-Dienst Nico Bollendorff, Romain Forman und Albert Gérard bereit erklärt Rede und Antwort zu den neuen Bestimmungen zu stehen. Fast 2 Stunden wurde diese The-

ma dann auch behandelt. Nach einem kleinen historischen Rückblick von Nico Bollendorff, gaben Romain Forman und Albert Gérard die nötigen Erklärungen auf die Fragen der Delegierten.

Nach einem kurzen politischen Referat vom Präsident des Landesverbandes Guy Greivelding, war es auch an ihm, dem Kollegen Nico Bollendorff ein kleines Präsent zu überreichen. Nico Bollendorff wird in nächster Zeit seinen Abschied aus dem Arbeitsleben der CFL feiern. So begrüßte dieser dann auch die öfters schwere aber immer faire Zusammenarbeit mit dem Landesverband.

Fazit: Ein guter Delegiertentag der mit einem gemeinsamen Büffet beendet wurde.

Der Vorstand des Sektors Eisenbahnen

Transports publics

Le mauvais exemple de la SNCB



Le 9 décembre 2012, la SNCB va supprimer 170 trains nationaux et 23 trains frontaliers. En ce qui concerne la relation CFL-SNCB c’est le train partant à Bruxelles à 21.33 h pour arriver actuellement à Luxembourg à 00.17 h, qui sera limité à Arlon.

À côté de ces suppressions, c’est surtout l’argumentaire de la SNCB qui est à critiquer: La mise en place d’une nouvelle relation Bruxelles-Amsterdam et les coûts énergétiques de trains avec peu de voyageurs. À côté de ça, la SNCB annonce aussi une hausse des tarifs. Les appels des syndicats et de certains partis politiques, d’évaluer la relation de tous les coûts des transports publics par rapport à tous les coûts du transport routier, sont ignorés. Ces mesures d’austérité frappent en premier lieu les clients: ceux qui, par pensée écologique, empruntent les transports publics, ceux qui en ont besoin pour se rendre au boulot et ceux, pour qui cela représente le moyen le moins cher pour se dé-

placer à toute heure du jour. Réduire les transports publics aux seules heures de pointe est depuis longtemps une philosophie qui germe dans la tête de beaucoup de dirigeants et qui ferait le jeu des entreprises privées, aux aguets pour reprendre ces lignes profitables.

En même temps, le groupe SNCB a annoncé vouloir réduire son plan d’investissement 2013-2025 de 40 à 24 milliards, ceci, pour respecter les exigences d’économie du gouvernement. La Wallonie serait la première concernée. Les lignes Gouvy-Liège et Athus-Rodange-Arlon seraient condamnées à disparaître dans moins d’un an(!) et les lignes Namur-Arlon (Luxembourg) et Namur-Virton-Rodange ne seraient plus modernisés après cinq ans. Affaire à suivre. Surtout pour les syndicats de cheminots belges et luxembourgeois.

John Rossi
Source: GOOSCH.lu

Délégation Centrale du Personnel

Réunion le 21 décembre 2012

1. Comblement des effectifs dans les différents Services et filiales. Suivi des recrutements. Comblement du poste d’instructeur de formation CST au Service GI.
2. Assurance tous risques pour les déplacements de service en voiture privée sur la voie publique et sur terrain CFL.
3. Réunion de la Commission Formation du personnel CFL. Sélection des candidats aux postes d’encadrement.
4. Elections sociales en 2013 : Refonte de l’Ordre Général N° 7 ayant pour objet la représentation du personnel. Définition exacte des catégories de personnel.
5. Ordre Général N° 10 ayant pour objet les mesures disciplinaires.
6. Taux applicables à l’IG N° 10 ayant pour objet l’allocation spéciale pour travaux salissants, insalubres et dangereux.
7. Commission Masse d’Habillement ; délai d’approvisionnement des effets d’uniformes, révision du dessin des uniformes du personnel féminin.
8. Bonification d’ancienneté de service du personnel de manœuvre muté aux postes d’aiguillage du « Réseau Tertiaire ».
9. Prime pour service de nuit et de dimanche : révision du plafond de 22 points indiciaires alloués avec la pension de vieillesse.
10. Facilités de circulation FIP sur la ligne routière Luxembourg – Sarrebruck faisant partie intégrante des prestations service public.
11. Coordination générale des mesures de protection du personnel en cas de canicule estivale (réf. PV GI du 20.09.2012).
12. Jurisprudence en matière d’attribution de la prime pour service de nuit et de dimanche en cas d’arrêt de travail pour maladie.
13. Etablissement du certificat médical requis pour la prolongation du permis de conduire professionnel du personnel de conduite sur route des CFL.

Le Président de la Délégation Centrale du Personnel, Jean-Marie Thoma

Unterredung im Erziehungsministerium

„Chargés de cours“ verrichten ein Zehntel der Arbeit

Die Neugestaltung der Reaffektationsprozedur 2012 war ein großer Erfolg. Ist deshalb bei den „Chargés de cours“ jetzt alles in Butter? Weit gefehlt: auf der Agenda einer kürzlich stattgefundenen Unterredung zwischen Ministerialbeamten und einer Delegation des Landesverbandes standen auch noch die Stichworte „Altersdécharge“, Zusatzverträge, Statuten- und Gehälterreform ...

Selbstverständlich ist jede Neuerung etwas gewöhnungsbedürftig. So auch die Reaffektationsprozedur 2012. Dennoch kann die neue Prozedur, die der Landesverband zusammen mit den Ministerialbeamten ausgearbeitet hat, als großer Erfolg gefeiert werden. Schließlich konnte somit vermieden werden, dass etliche Erziehungsbeauftragte zwecks Reaffektation ins Forum „Geesseknäppchen“ mussten. Dank der Informationsversammlung des Landesverbandes sowie des permanenten Austauschs zwischen Ministerium und Verbandsleuten konnten nahezu sämtliche Fragen telefonisch beantwortet werden.

640 Chargés wollten zurück in jene Gemeinde, wo sie 2009 affektiert waren, für 580 unter ihnen ging dieser Wunsch in Erfüllung.



Diese positive Erfahrung bewog nun das Erziehungsministerium dazu, vorerst nichts an der Reaffektationsprozedur für nächstes Jahr zu ändern.

11.000 Stunden wöchentlich

Zusatzverträge bereiten in einigen Gemeinden noch Probleme. Grund ist, dass mancherorts verschiedene Zusatzverträge („Avenants“) herumgeistern. Hilfreich wäre ei-

nerseits ein einzig gültiges Formular für das ganze Land. Ebenso eine vereinfachte Prozedur, diese Zusatzverträge einzureichen.

Dass nicht alles im Erziehungswesen so reibungslos funktionieren kann, wie das idealerweise wünschenswert wäre, belegen die nackten Zahlen: wöchentlich werden 110.000 Schulstunden in den Grundschulen erteilt. Davon entfallen ein Zehntel, also 11.000 auf

die Erziehungsberechtigten. Dass es dadurch zu manchen Engpässen auf administrativem Plan kommen kann, ist nur verständlich. Am ganz banalen Beispiel der oben erwähnten Zusatzverträge sieht man, wie umständlich manches Problem aussieht. Und aber auch, wie einfach eine Lösung sein kann.

Dauerthema „Altersdécharge“

Auch die „Altersdécharge“ war Thema der Unterredung. Die Delegation des Landesverbandes, Lea Schirtz und Isabelle Bichler, Yannick Jacques, Romain Roden und Pascal Hansen sprachen die Verantwortlichen im Ministerium noch einmal auf das Thema an. Im Zuge der Statutenreform sei eine Funktionalisierung der Erziehungsbeauftragten vorgesehen. Diese bringe demnach automatisch die „Chargés“ in den Genuss der „Altersdécharge“, so die Auffassung der CSV-Fraktion, mit welcher der Landesverband ebenfalls eine Unterredung geführt hatte.

Dieser Sichtweise stimmt der Landesverband aber nicht zu, gab unsere Delegation den Ministerialbeamten zu verstehen. Denn das Laufe auf Erpressung hinaus: wenn die Gewerkschaft der Statutenreform nicht zustimme, könne man demnach auch die „Altersdécharge“ ad acta legen. Was eigentlich auf Erpressung hinausläuft. Dem hatte aber seinerzeit Ministerin

Mady Delvaux-Stehres so nicht zugestimmt. Von einem Package war deshalb nie die Rede gewesen: die „Altersdécharge“ für alle Erziehungsbeauftragte ab 15 Dienstjahren sei ein guter Kompromiss, hatte die Ministerin befunden.

Was ändert mit der Gesetzreform?

Die Ministerialbeamten Guy Strauss, Claude Kuffer, Robert Brachmond und Jean Schramm informierten die Verbandsdelegation über die bevorstehende Gesetzesänderung der Privatbeamten beim Staat. Es werde beispielsweise versucht, Kohärenzen zwischen funktionalisierten Lehrern und „Chargés“ herauszuschälen. Da der Gesetzesentwurf eine Praktikumszeit von 3 Jahren vorsieht, habe man sich die Frage gestellt, was denn nun passiert, wenn nach bestandener Praktikumszeit ein „Chargé“ den „Concours“ besteht. Muss er dann noch einmal drei Jahre ein Praktikum absolvieren?

Im Ministerium versuche man das zu vermeiden. Ein weiteres Gesprächsthema war das Bewertungssystem. Hier wurde festgehalten, dass der Landesverband ebenfalls Vorschläge einbringen könne. Weitere Treffen sind demnach vorprogrammiert.

Pascal Hansen

TICE

Fünfjahresplan zur Erneuerung der Busflotte



delle im aktiven Dienst, weit über das angestrebte 10 Jahreslimit hinaus. Die Existenz einer entsprechend großen Reserve an antiquierten Bussen, sicherte dem Betrieb so zumindest täglich über die Runden zu kommen, und vor allem auch den Schülertransport zu garantieren.

Auf lange Sicht konnte diese Praxis natürlich so nicht weiter geführt werden. In der Tendenz stieg das Durchschnittsalter unauffällig an und in Kombination mit den billigen aber reparaturanfälligen Iris Modelle, wuchs der Reparaturaufwand und die damit verbundenen Kosten in unerträgliche Höhen.

22 Millionen € für Erneuerung der Busflotte

Das Audit der Werkstatt brachte dann eigentlich nur zu Papier, was im Grunde der gesamte Betrieb schon seit langem wusste. Nämlich dass die Busflotte des TICE völlig veraltet war und nur eine Kurskorrektur um 180°, eine absehbare Krise abwenden konnte. Im Einklang mit dem Ministerium, hat die Betriebsführung nun eine resolute Erneuerung der Busflotte beschlossen. Was jahrelang versäumt wurde, soll nun also in 5 Jahren, von 2013 bis 2017 nachgeholt werden. Dazu stehen dem TICE rund 22 Millionen € zur Verfügung. Alleine in den Jahren 2013 – 14, sollen 27 neue Busse in Dienst gestellt und das Durchschnittsalter auf 4,5 Jahre gesenkt werden. Parallel zur Erneuerung, soll auch der CO² Ausstoß spürbar vermindert werden. Dieses Ziel soll vor allem durch die Einführung von Hybridbussen erreicht werden, die bis zu 30% weniger Kohlendioxid produzieren. Derzeit ist der

TICE noch Schlusslicht bei der Indienststellung solcher Busse, aber das soll sich bald ändern. Die Gas Busse sollen zukünftig nur noch mit Bio-Gas angetrieben werden. Die Zahl der Gelenkbusse soll von derzeit 23 auf 13 Exemplare reduziert werden. Als Ausgleich sollen für den Schülertransport, Anhänger für Solobusse angeschafft werden. Somit kann man die Busse effektiver jeweils für den entsprechenden Bedarf, sowohl für den Liniendienst, wie auch für den punktuell stärker belasteten Schülertransport einsetzen. Unsere Personalvertreter haben die Betriebsführung sofort umgehend auf die damit verbundenen Probleme angesprochen. In gesonderten Gesprächen sollen die spezifischen Probleme der „Anhänger“-Einführung besprochen werden. Wir werden also noch darauf zurückkommen, denn diese Technik birgt nicht nur Vorteile sondern wirft auch technisch/organisatorische Fragen auf, auf die wir und die Fahrer konkrete Antworten erwarten. Alleine schon Formation für die 80% der Fahrer die noch über keinen „Remorque“-Führerschein verfügen wird einen erheblichen Aufwand erfordern. Durch die Verjüngung der Flotte erwartet der Betrieb ein Absenken der Reparaturen. Somit könnte auch die Zahl der Reservebusse verkleinert werden. Die Gesamtzahl der Flotte würde in 5 Jahren, von 113 auf 108 Einheiten gesenkt werden. Das klingt logisch, muss sich aber erst in der Praxis bestätigen. Die Perspektiven des Ausbaus über 2017 hinaus bleiben unklar, und damit bleibt auch der Bedarf an Bussen hypothetisch.

Alain Sertic

Interna

Ausschreibung

Zentralsekretär/in mit gewerkschaftspolitischen Aufgaben

Hiermit schreiben wir den noch in der Verbandsleitung freien Posten des/der Zentralsekretär/in mit gewerkschaftspolitischen Aufgaben aus.

Laut Beschluss des Verbandsrates vom 12. November 2012 soll der/die Kandidat/in für die Zeit bis zum nächsten ordentlichen Kongress in die Verbandsleitung kooptiert werden.

Sollte der/die vom Verbandsrat in Vorschlag zu bringende Kandidat/in nicht Mitglied des Verbandsrates sein, muss letzterer ihn/sie in einer Vorabentscheidung in den Verbandsrat kooptieren.

Der Verbandsrat wird in seiner Sitzung vom 18. Dezember 2012 die Besetzung des Postens bestimmen.

Postenbeschreibung

1. Der Aufgabenbereich umfasst sowohl die Gesamtorganisation als auch die Sektoren Eisenbahnen, Öffentlicher Dienst und Pensionierte.

2. Unterstützung des/der Präsidenten/in und des/der Generalsekretärs/in ihren Arbeiten.

3. Vorbereitung von gesellschafts-, sozial- und transportpolitischen Dossiers.

4. Vorbereitung von Pressemitteilungen und offiziellen Stellungnahmen.

5. Analyse und schriftliche Zusammenfassung von Gesetzestexten, öffentlichen Reglementen sowie von EU-Direktiven und Verordnungen.

6. Bei Bedarf Teilnahme an Konferenzen und Sitzungen der Sektoren.

Die Kandidaturen sind bis spätestens zum **10. Dezember 2012** (Datum des Poststempels gilt) an den Präsidenten der Kontrollkommission, Herrn Georges Melchers, 63, rue de Bonnevoie, L-1260 Luxembourg zu richten.

Die Verbandsleitung

Forum

Schlechte Finanzlage in der Eurozone

Rezession?!



Seit Jahren veröffentlichen die Autoren Frank Bertemes, Frank Gilbertz und Wim Wammer regelmäßig Texte der Forum-Seite des „Tageblatt“ zum Thema Staat und Kirche. Im Eigenverlag haben sie nun eine Sammlung von Texten herausgebracht, die im „Tageblatt“ und/oder im Le Signal erschienen sind. Die Autoren verstehen das Buch als Handbuch, eine Kompilation rund um das Thema Atheismus und Religion.

Bestellungen können auch telefonisch erfolgen:

858580 (Vim Wammer)
4990-3343 (Frank Bertemes)

Infos zum Versand unter:

www.aracry.lu
contact@aracry.lu



Harmonie de la FNCTTFEL

Fondée le 22 juin 1945 en souvenir du Président Michel Hack
Affiliée à l'UGDA, l'UAICL et la FISAIC

**Sonndes, de 16.
Dezember 2012**

**Direktioun:
Romain Kerschen**

**Présentatioun:
Patrice Berlo-Kayser**

Rdv um 16.30 Auer am Festsall
vum Casino Syndical zu Bouneweg

Entrée: 6€

Umeldung: 23 66 05 42

Europa steckt seit Jahren in einer Finanzkrise und damit verbunden in einer Wirtschaftskrise. Wie wird es weiter gehen? Man weiß es derzeit nicht so recht, denn die neuesten Resultate sind nicht unbedingt vielversprechend. Sieht man die Situation in Griechenland, dann kann einem schwarz vor den Augen werden.

Für Europa, sprich die Eurozone, stehen die Sterne nicht sehr günstig. Mit dem Rückgang der Wirtschaftsleistung von 0,1% im dritten Quartal bedeutet dies nach dem Minus von 0,2% im Vorquartal die Rückkehr in die Rezession. Denn in der Fachwelt spricht man bei zwei aufeinanderfolgenden Rückgängen von Rezession. Bedingt durch den massiven Druck von Seiten Griechenlands, immerhin ein wirtschaftliches Minus von 7,2%, ist die wirtschaftliche Lage in der Eurozone stark angeschlagen.

Luxemburg kann dagegen punkten. Die Wirtschaft ist im dritten Quartal leicht angestiegen, um etwa 0,8%. Trotzdem muss man wachsam bleiben was die Zukunft, also das nächste Kalenderjahr bringen wird. Einen weiteren Absturz in die Unterwelt der Finanzen kann sich Europa nicht mehr leisten.

Auch wenn Deutschland und Frankreich mit zu den Ländern gehören, dessen Wirtschaft sich in den positiven Bereich entwickelt hat, darf man nicht ignorieren, dass Portugal (-3,4%) und Spanien (-1,6%) zu den Ländern gehören, die uns die Finanzlage in Europa nicht unbedingt erleichtern.

**Rettungsschirme sind
nicht die Lösung**

Hilfen über Hilfen können auf Dauer nicht die Lösung sein. Sie können es nicht nur sein, sie dürfen es nicht sein. Denn die massiven Rückgänge mit neuen Schulden tilgen zu wollen, ist nicht der Weg in eine bessere finanzielle Zukunft Europas, das dürfte einem jeden sofort einleuchten. Das größte Sorgenkind ist und bleibt weiterhin Griechenland, das aus seiner miserablen Finanzsituation einfach nicht weder ein, noch aus zu wissen scheint. Da helfen auch die größten Rettungsschirme nicht mehr.

Gedanken werden formuliert, ja sogar öffentlich ausgesprochen. Wie wäre es mit einem temporären Austritt Griechenlands aus der Eurozone, um dem Land wieder die Chance zu geben eventuell mit einer parallelen Währung wieder auf Vordermann zu kommen? Nur ein Gedanke? Die ideale Lösung? Oder doch ein Hirngespinnst? Man muss

abwarten mit welchen Theorien die mächtigen Damen und Herren auf dem Tanzparkett der europäischen Politbühne dem Problem entgegenwirken wollen.

Die Zeit drängt

Jedenfalls muss man erneut erkennen, dass die Uhrzeiger auf fünf vor zwölf stehen und tunlichst etwas gegen die Finanzmisere in der Eurozone getan werden muss. Denn auch die Niederlande, ein Land von dem man sonst so wenig hört, hat mit einem Rückgang von 1,4% im dritten Quartal keine Glanzleistung vorzuzeigen. Nur woran liegt es?

Geht den Leuten in der gesamten Eurozone allmählich das Geld aus? Investieren wir nicht genug? Geben wir als Privatleute nicht mehr genug Geld aus? Oder ist einfach alles zu teuer damit wir uns es leisten können? Wäre da nicht ein Preisstopp zu empfehlen, damit die Leute wieder Vertrauen in sich selbst, in ihr Geld und ihre Währung aufbauen? Können man damit nicht eventuell die Wirtschaft wieder mächtig ankurbeln? Keiner weiß es. Oder keiner will es vielleicht wissen. Nur die Rezession macht davor kein Halt.

Frank Gilbertz

Vereinigungen

Rentnerfeier in Rümelingen

Wie immer ein gelungenes Fest



In geselliger Runde verbrachten unsere zahlreich erschienenen Mitglieder und Gäste einen gemütlichen Abend. Genau wie die Jahre zuvor, war es wieder eine gelungene Rentnerfeier.

Foto: Gil Streicher

Zum Thema Budgetentwurf

Theater

„Politik ist wie Theater. Und Aufgabe der Opposition ist es, die Regierung abzusminken, während die Vorstellung noch läuft.“ Jacques Chirac

Und der muss es wissen. Der Mann, der zwölf Jahre Frankreichs Präsident war und der sehr wohl weiß, wie man das Wort Skandal buchstabiert. Und noch besser, welchen Stellenwert der Terminus Theater im politischen Alltagsgeschäft so einnimmt. Frei nach Niccolò Machiavelli: „Herrscher brauchen gute Eigenschaften nicht in Wirklichkeit zu besitzen. Doch sie müssen sich den Anschein geben, als ob sie sie besäßen.“ Und diesen Schein beim alltäglichen Schauspiel auf der politischen Theaterbühne überzeugend darzustellen, das ist (scheinbar) der Politjob der Moderne. Und das Wort Herrscher kann durchaus und sehr gezielt Politiker meinen. Genauer, diejenigen dieser Kaste, die sich als Lakaien des Großkapitals entpuppen. Und ohne mit der Wimper zu zucken in dem Sinne ihr Theater fortsetzen.

Theater. Zur Aufführung von Bühnenwerken bestimmtes Gebäude. So der Duden. Und, so das deutsche Universalwörterbuch weiter, das Polit-Spektakel der letzten Zeit als kritischer Beobachter provokanter analysierend: Schmierentheater, Bühnenstück: Schmierentheaterkomödie, sprich niveauloses Stück, dessen Komik auf billigen, abgeschmackten Einfällen beruht; theatralisches Gebaren, mit dem jemand auf billige, abgeschmackte Weise auf andere zu wirken versucht. Sehr wohl betont versucht, denn längst nicht jeder fällt auf die diversen Vorstellungen, die gewisse Vertreter unserer ach so geschätzten politischen Klasse in letzter Zeit so aufführen, notwendigerweise herein. Mitnichten! Besonders wenn man sich auf einmal als Gutmensch, der das Wort Verzicht wiederentdeckt zu haben vorgibt, aufzuspielen versucht. Der kritische, mündige Bürger hat sehr wohl verstanden, wohin der Zickzackkurs um den Budgetentwurf 2013 uns alle, die im Endeffekt die Irrungen und Wirrungen der geldgeilen Kapitalisten von Banken und Großkapital zu blechen haben, führen soll. Doch zuerst ein anderes Bild, um die Lage des Wahlvolkes aus der Sicht eben des Theaters, in Abwandlung eines zutreffenden Textes des Schriftstellers und Drehbuchautors Erich Käst-



ner, auch Verfasser von Texten für das Kabarett (einer anderen Form der politischen Bühne, nebenbei bemerkt), sowie anderer humorvoller, scharfsinniger Prosa und Kinderbücher. In seinem Roman „Fabian- Die Geschichte eines Mo-

ralisten“, beschrieb er das Tempo und den Trubel der Zeit, sowie den Niedergang der Weimarer Republik. Welchen Untergang könnte er heuer beschreiben? Welches Theaterstück, welches Drama, welchen Text für das Polit-Kabarett eines

modernsten Stückes basierend auf der Story einer europäischen, gar weltweiten Krise und ihrer Folgen, die längst noch nicht abzusehen sind und die auch unser beschauliches Marienland erreicht haben, müsste der sozialkritische Autor Kästner, der auch als Zeitungsjournalist arbeitete, angesichts ebendieser für das einfache Wahlvolk schwierigen Zeiten, schreiben? „...ich komme aus kleinen Verhältnissen, mein Vater war ein Facharbeiter und auch Sozialdemokrat natürlich. Ich habe als Kind schon erlebt, wie die Arbeiter streikten und wie die berittene Gendarmerie mit herausgezogener Plempe da auf die Leute losschlug, die dann mit Pflastersteinen die Laternen einschlugen, und ich habe heulend neben meiner Mutter am Fenster gestanden. Mein Vater war da unten dabei ...“ Sagen uns diese dramatischen Kindheitserinnerungen Erich Kästners nicht irgendetwas? Kommt uns diese Beschreibung nicht irgendwie bekannt vor? Sind das nicht heuer sehr aktuelle Zustände des europäischen Alltags in Griechenland, Spanien und sonstiger europäischer Staaten? Und - sind wir in unserem Ländchen etwa nicht betroffen?

Ironie oder Realität?

Doch zurück zum Theater. Ohne allzu viel Text. Zum Nachdenken empfohlen.

Das Publikum, sprich das Wahlvolk, sitzt also im Theater und lässt sich zu hohen Eintrittspreisen für dumm verkaufen. Es lässt sich weismachen, ein Stück, das flach ist, sei tief. Und der Autor des Stückes, übrigens ein gescheiter Mann, dem ganz gewiss ein eleganterer Kunstgriff hätte einfallen können, hat sich gar nicht erst die Mühe genommen. Er weiß sehr wohl, was man den Leuten zumuten kann, und er mutet es ihnen zu. Nicht wahr, Herr Finanzminister- Kontext Budgetentwurf 2013? Verdrießlich ist nicht die im Dialog vorgetäuschte Tiefe, sondern der Taschenspielertrick, womit sie vorgetäuscht wird. Der Kniff ist stets derselbe: Jedesmal, wenn die Trivialität, das Gewöhnliche, die platten, abgedroschenen Weisheiten, faustdick zu werden drohen, und dies geschieht unentwegt in schwachen Theaterstücken, sagt eine Bühnenfigur zu irgendeiner anderen: „Du kannst mich nicht verstehen.“ Oder: „Ich kann es Dir nicht erklären.“ Oder: „Auch wenn ich’s Dir zu erklären

versuchte, Du verstündest mich nicht.“ Oder auch: „Erklärung führt nur zu schlimmeren Missverständnissen.“ Oder: „Ich glaube zu ahnen, was Du meinst. Vielleicht werde ich’s später einmal verstehen.“ Und jedesmal ist die Situation für kurze Zeit gerettet. Denn die Zuhörer, das Wahlvolk, denken: Es muss sich um ein tiefes, bedeutendes Stück handeln. Nicht einmal die Mitspieler verstehen’s. Das Publikum: ehrfürchtig umflorte Augen, bedeutsam und jalousien gleich hochgezogene Brauen, Stirnen voller Falten, zahlreich wie die Geleise vor großen Bahnhöfen, atemlos geöffnete Lippen, in die Hand versenkte Grübelköpfe, fasziniert klappernde Lider - so sitzt es da, das tumbe Wahlvolk. Das sich anhören muss, wie das vom Finanzminister inszenierte Schauspiel „Sparen“ einseitig zu „konsumieren“ sein wird! Stichwort: Nachbesserungen!

Doch was soll das, bitte! Mit todernster, mitleidender Miene verkündigen uns einige Souffleure, wie man doch mit dem bleichenden Wahlvolk mit leidet: Freiwilliger Verzicht der Abgeordneten auf ihr dreizehntes Monatsgehalt, doch nicht nur das: im Parlament gibt’s nur noch Crémant (Schaumwein) statt Champagner! Geht doch! Nicht wahr? Und das Publikum, das Wahlvolk....siehe Beginn: Das Publikum, sprich das Wahlvolk, sitzt also im Theater und lässt sich zu hohen Eintrittspreisen ...

Zurück ins Theater und weshalb der Autor eines schwachen, flachen Stückes sehr wohl weiß, was dem Publikum zuzumuten ist- denn in der Pause wird er verraten, der Trick ...

Und der ist sehr banal ...

Frank Bertemes

De Gëftzweg am Signal

Soziale Marktwirtschaft?

„Mit Bettlern kann man keine Geschäfte machen.“ Oder auch „Mit dem Reichtum fertig zu werden, ist auch ein Problem“. So zwei von Ludwig Erhards Zitaten mit Zigarre, um an dieser Stelle einmal Humor zu zeigen. Und Erhards lange Liste von Zitaten stammt aus Regierungserklärungen, Parlamentsansprachen, Interviews und der Biografie von Volker Hentschel aus dem Jahr 1957. Ein Beispiel dafür, wie allgemeingültig und einfach alte Politikerweisheiten sein können.

Heuer hat sie jedenfalls geschlagen. So meinen sie jedenfalls. Die Stunde der Eliten. Denn man scheut sich nicht. Dem Problem, mit dem Reichtum fertig zu werden, stellen sie sich gern. Mit Bettlern Geschäfte zu machen fällt da schon schwerer. Wirklich? Sie, die armseligen Eliten werden auch diese Glanzleistung schon noch vollbringen - und uns wohl in Bälde zeigen, wie man auch dies noch fertig bringt. Wird Europa zur Armutinsel verkommen? Doch zum Titel. Sehr kurz und ohne langatmige Historie. Die Soziale Markt-



wirtschaft im Sinne von „Wohlstand für alle“ wurde in der Bundesrepublik praktisch von Ludwig Erhard eingeführt, der sich in wesentlichen Punkten auf die Lehre seines Doktorvaters Franz Oppenheimer bezieht. Doch diese Zeiten der sozialen Marktwirtschaft scheinen in der Tat vorbei. Denn immer mehr sehen sich die Völker Europas dem Credo oder dem Dogma der selbsternannten Eliten dieser Welt ausgesetzt, dem wohl aktuellsten Unwort (um dem Troll an dieser Stelle gerecht zu werden), sprich: Sozialabbau! Immer deutlicher, immer härter, immer rücksichtsloser.

Doch ist es nicht etwa eine ökonomische Binsenwahrheit, dass es dem einen Partner nur gut gehen kann, wenn auch seine Mitspieler wirtschaftlich gedeihen? Denn, eben: Mit Bettlern kann man keine Geschäfte machen. Oder doch?

Franky - De Gëftzweg

Le Signal

Organ des FNCTTFEL-Landesverbandes

Herausgeber:
FNCTTFEL-Landesverband

Verantwortlich für den Inhalt:
Jean-Claude Thümmel,
Generalsekretär

63, rue de Bonnevoie -
L-1260 Luxembourg -
Tél.: 48 70 44-1
Fax: 48 85 25
www.landesverband.lu
secretariat@landesverband.lu

Redaktion:
Frank Gilbertz
Koordination:
Edmée Kirsch
Lektorat:
Roby Meis

E-mail:
lesignal@landesverband.lu

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen.

Die gezeichneten Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion und des Landesverbandes dar. Kürzungen der Beiträge behält sich die Redaktion vor.

Abonnement:
Für alle Mitglieder ist das Abonnement im Mitgliederbeitrag enthalten.

Nichtmitglieder können "Le Signal" über die Redaktion bestellen.

Jahresabonnement: 25 Euro

Gestaltung und Umbruch:
Espace Médias S.A. /
Polygraphic Communication

Versand:
POLYPRINT SA
Esch/Alzette
Tél.: 54 13 82
Fax: 54 13 87